

# Eklat im Rat: Grünschwarz kippt Ratsbeschluss zur Höffner-Ansiedlung – Opposition verlässt geschlossen den Saal

Mai 24, 2024



Der Unnaer Ratssaal. -Foto Rinke

Ausgerechnet am Geburtstag des Grundgesetzes, an dem die Demokratie gefeiert wird und auch am Abend noch in der Unnaer Bürgerhalle gefeiert wurde, kam es in der Ratssitzung am frühen Abend zu einem Eklat. **Die Oppositionsfraktionen verließen geschlossen den Ratssaal.**

Der Grund:

**Mit ihrer Abstimmungsmehrheit kippten Grüne und CDU den Ratsbeschluss vom 7. Dezember 2023 für Höffner.** Mit hauchdünner Mehrheit von nur einer Stimme war damals die **60 Mio. Euro-Gewerbeansiedlung** (Servicestandort für Möbelkunden) an der Provinzialstraße in **Massen beschlossen** worden.

Es folgte eine Woche später ein Beschluss des Fachausschusses, der hauchdünn **gegen** die Ansiedlung ausging.

Seither schwelte ein Streit, welcher Abstimmungsbeschluss denn nun Gültigkeit hätte. [Die Stadt urteilte für den Fachausschuss](#), SPD und WfU widersprachen.

**In der gestrigen Ratssitzung wollte Grünschwarz die Diskussion offenbar endgültig beenden und „wischte“ den Ratsbeschluss vom Dezember „vom Tisch“**, wie die SPD-Fraktion in einer Stellungnahme am Freitagmorgen formulierte.

Am Abend hatte sich die Fraktion **Wir für Unna (WfU) bereits** kurz bei unserer Redaktion gemeldet und sich schockiert über den Ablauf der Sitzung gezeigt. Ratsfrau Bärbel Risadelli sah am 75. Jahrestag des Grundgesetzes die Demokratie ausgehebelt. Auf unserer Facebookseite kommentierte sie das Vorgehen der „Projektgemeinschaft“ wie folgt:

„Seit 20 Jahren nehme ich an unterschiedliche Gremiumssitzungen teil. Verschiedene Meinungen, Stimmungen müssen sein, um einen Konsens im Sinne der Bürger und Demokratie zu finden. Was ich aber gestern in der Ratssitzung erleben musste, ist ganz weit davon entfernt und beschämend.“

Die Arroganz der Macht hat mit Unterstützung der CDU voll zugeschlagen. Spontan wurde eine rechtlich wasserfeste (ein Schelm der Böses dabei denkt ) Beschlussformulierung aufgetischt, um den eigenen Willen, nämlich Höffner zu verhindern, vorgelegt. Die Demokratie mal eben demokratisch ausgehebelt.

*Einen gefassten Beschluss wieder zu überstimmen, das hat auch im Unnaer Rat so noch nicht gegeben. Die anschließende Gedenkfeier zum Grundgesetz und demokratischen Werten hat die Projektgemeinschaft Grün/Schwarz hoffentlich in vollen Zügen genossen. Ich leider nicht.“*

In der Stellungnahme der **SPD** – größte Oppositionsfraktion -, die uns am Morgen erreichte, wird der Vorfall wie folgt zusammengefasst und gewertet:

**„SPD schaltet Kommunalaufsicht ein – Grün-Schwarz fegt Höffner-Ratsbeschluss vom Tisch – Was nicht passt, wird passend gemacht**

Just an dem Tag, an dem die SPD-Fraktion die Kommunalaufsicht anruft, um das umstrittene Höffner-Verfahren rechtlich prüfen zu lassen, schafft die grün-schwarze Projektgemeinschaft Fakten:

In der Ratssitzung am Donnerstag fordert Claudia Keuchel, Fraktionsvorsitzende der Grünen, **scheinbar spontan, den Ratsbeschluss** vom 7. Dezember 2023, der mit einer knappen Mehrheit für die Höffner-Ansiedlung ausgegangen und später von einem nachgeordneten Fachausschuss mit grün-schwarzen Stimmen gekippt worden ist, **zu wiederholen.**

*Ihre Begründung: Dieses Mal seien ja alle grünen Ratsmitglieder anwesend und damit der Ausgang der Abstimmung gewiss – ein eher seltsames Demokratieverständnis, das im Ratssaal für deutliche Unruhe sorgte.*

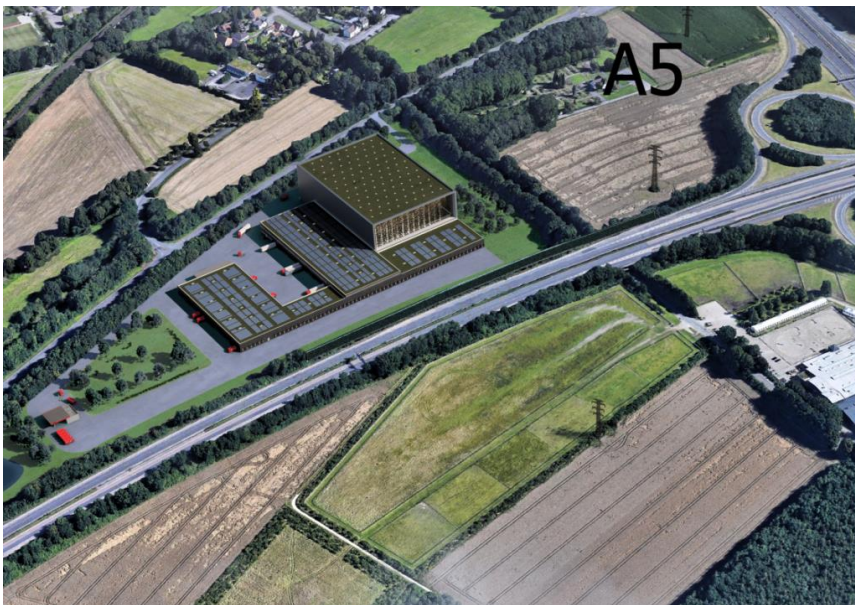
„Was nicht passt, wird passend gemacht“, so der spätere Kommentar eines Bürgers. Es folgte der mündliche Vortrag einer zuvor schriftlich formulierten Antragstellung durch Keuchel, die von einem Verwaltungsjuristen hätte stammen können.

**Bürgermeister Dirk Wigant (CDU) und der grüne Beigeordnete Sandro Wiggerich beeilten sich zu betonen, dass der Antrag laut Geschäftsordnung des Rates statthaft sei.**

## *Nachdem die gesamte Opposition aus SPD, Wir für Unna, Freie Liste Unna und FDP den Ratssaal unter Protest verlassen hatte, folgte die einstimmige Abstimmung durch das grün-schwarze Bündnis gegen die Höffner-Ansiedlung.*

Die in der Verfassung verankerte Aufgabe der **Kommunalaufsicht** ist es, zu prüfen, ob Städte und Gemeinden sich an Recht und Gesetz halten, wenn sie ihre Aufgaben wahrnehmen. Eine typische Tätigkeit dabei ist auch die Prüfung von Beschlüssen politischer Gremien.

**Die SPD hatte sich mit einem Schreiben an die Kommunalaufsicht gewandt**, weil sie es für rechtlich **fragwürdig** hält, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität als nachgeordnetes politisches Gremium einen Ratsbeschluss gekippt hat. Dabei, so betonte SPD-Fraktionschef Sebastian Lasser noch einmal in der Sitzung am Donnerstag, gehe es um eine **Verfahrensfrage, nicht um die Frage Ja oder Nein zu Höffner**. Da gebe es auch innerhalb der eigenen Fraktion ein sehr differenziertes Meinungsbild.



Die Visualisierung der Höffner-Pläne.

(Quelle Stadt Unna, Ratsinformationssystem)

**Wie die Kommunalaufsicht die Abläufe bewertet hätte, ist dabei ungewiss.** „Wir haben natürlich unsere Sicht, die von der fachlichen Einschätzung eines Juristen gestützt ist. Wir wollten aber auch eine unabhängige Prüfung, nachdem der Bürgermeister unsere Einwände nicht hat gelten lassen“, so Laaser.

*Die grün-schwarze Projektgemeinschaft fegte den alten Ratsbeschluss lieber gleich vom Tisch, um anschließend in einem Festakt das 75-jährige Bestehen der deutschen Verfassung zu feiern – einer Verfassung, die auch die Grundlage für die Kommunalaufsicht bildet, um im öffentlichen Interesse sicherzustellen, dass die Verwaltung einer Stadt im Einklang mit den Gesetzen erfolgt und dabei über alle Zweifel erhaben ist.*

Quellen: Pressemitteilung SPD-Fraktion Unna / Eigene Recherchen und Vorberichte

## **Klaus Göldner**

### **Vorsitzender der Fraktion „Freie Liste Unna (FLU)“**

Na ja, der Bürgermeister und seine grünscharze Gefolgschaft hatten wohl gemerkt, dass sie die Diskussion um die Höffner-Ansiedlung nicht mehr so einfach los würden. Zu durchsichtig war die Aktion, einen gültigen Ratsbeschluss durch einen nachgeordneten Ausschuss beseitigen zu lassen. Also mußte man zu anderen Mitteln greifen.

Es sah dann in der gestrigen Ratssitzung tatsächlich so aus, wie in einer schlecht inszenierten Folge des Komödienstadels. Frau Keuchel hatte die erste Sprechrolle in gespielter Entrüstung: „Oh, ich kann den Namen Höffner nicht mehr hören und stelle jetzt den Antrag, den Ratsbeschluss vom 07. Dezember letzten Jahres aufzuheben.“ Die Darstellerin verstieg sich dann noch in die durch nichts belegbare, absurde und überaus dreist unverschämte Behauptung, die Befürworter der Ansiedlung seien nur die „Vollstreckungsgehilfen für Höffner“. Es fehlte eigentlich nur noch die logische Schlussfolgerung, dass wir alle bestochen worden sind. Bürgermeister und Beigeordneter Wiggerich assistierten sodann in einer selten gezeigten, umfassenden Kenntnis der Gemeindeordnung und den auf ihr fußenden städtischen Satzungen in Sekundenschnelle. Sie stellten fest, dass dieser (spontane) Antrag natürlich zulässig sei. Damit auch alles juristisch wasserdicht ist, formulierte der Bürgermeister sodann den Antrag der grünen Frontfrau nochmals so, dass das Thema Höffner ein für allemal vom Tisch gewischt werden konnte. Die CDU- Fraktion hatte in der gesamten Inszenierung nicht eine einzige Sprechrolle, was angesichts der Größe der Fraktion, sonstiger Gepflogenheiten und der in der Vergangenheit doch etwas differenzierten Rolle ihres Vorsitzenden in dieser Sache, als absolut unüblich bezeichnet werden darf.

Ich versuchte noch, diesen drohenden Beschluss (der nun wirklich zeitlich nicht dringlich war) durch die Bitte um Vertagung wegen Beratungsbedarfs auszusetzen. Das allerdings hatte die Regie wohl nicht vorgesehen. Das Drehbuch verlangte sofortiges Handeln. Was sollte man also machen? Um sich nicht als Statisten dieses beschämenden Schauspiels mißbrauchen zu lassen, mußte man die Bühne verlassen. Das taten dann auch alle, die nicht zur „Macht“ gehören. Es wurde ein einstimmiger Beschluss. Alles gut? Sicher nicht! Rechtlich mag dieses Vorgehen vielleicht in Ordnung sein. Aber es hat der politischen Kultur in unserer Stadt ganz sicher schweren Schaden zugefügt. Der ökonomische Schaden ist ebenfalls immens. Höffner/Krieger hätte Arbeitsplätze in Unna geschaffen und eine beträchtliche Summe an Gewerbesteuer in die Stadtkasse gezahlt. Eine Kommune, die mittlerweile den zweithöchsten Gewerbesteuersatz in unserem Land aufruft, hätte dieses Geld sicher gut gebrauchen können.